

«SVP will extremer regulieren als SP»

Streitgespräch zum CS-Kollaps FDP-Präsident Thierry Burkart wirft der SVP vor, die Banken zerschlagen zu wollen. Das sei falsch, kontert Alt-Bundesrat Christoph Blocher. Und geisselt das freisinnige Netzwerk.

Iwan Städler

Herr Blocher, versuchen Sie die CS-Krise zu nutzen, um der FDP Wählerinnen und Wähler wegzuschnappen?

Christoph Blocher: So primitiv sind wir nicht.

Warum hat die SVP denn eine Medienmitteilung verschickt mit dem Titel: «Die Credit-Suisse-Krise ist eine Folge von Misswirtschaft und FDP-Filz»? Ist es so einfach? Oder ist das Wahlkampf?

Blocher: Es ist Tatsache. Ich bin erschrocken ob einem Interview, das FDP-Präsident Thierry Burkart eine Woche zuvor in der «SonntagsZeitung» gegeben hatte. Alles Mögliche ist für den Niedergang der CS verantwortlich – nur das Management wird nicht erwähnt. Vor allem sei es die Schweiz, die eine starke Tendenz habe, den Blick nur auf sich selbst zu richten. Dabei ist die CS das Gegenteil: Sie hat sich von der Schweiz abgewendet und in Grossmachtallüren stark an den USA, an deren Bank- und Bonikultur, orientiert. Sie hat dort dauernd Skandale und Verluste produziert und reisst jetzt die Schweiz in dieses Schlamassel. Die CS stand bis in die Neuzeit unter dem Einfluss von Walter Kielholz mit einem ganzen Netzwerk. Er war die prägende Figur und ist Mitbegründer der «Freunde der Freisinnigen» – eines Finanzierungsinstruments der FDP.

Thierry Burkart: Ich habe die Schuldigen klar benannt: Verwaltungsrat und Management. Das von Herrn Blocher genannte Interview fand vor dem Untergang der CS statt und hatte einen ganz anderen Zusammenhang. Ich sage es hier gerne nochmals: Es sind die überbezahlten Bankmanager, die dieses Debakel verursacht haben. Und es stimmt, dass dies mit der angelsächsischen Kultur zu tun hat. Sie passt nicht zu einer Schweizer Bank.

Keine Spur von FDP-Filz?

Burkart: Dieser Vorwurf ist billiger Wahlkampf und führt zu einer Spaltung im bürgerlichen Lager, wovon die Linken profitieren. Vor allem aber ist der Vorwurf falsch. Ich habe keine besonderen Kontakte zu Banken. Und Herr Kielholz ist seit 2009 nicht mehr Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse. Abgesehen davon fände ich es auch falsch, zu behaupten, die Rettung der UBS 2008 sei einer Verbindung mit der SVP geschuldet gewesen, weil der damalige Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel SVP-Mitglied war. Lieber würde ich mit der SVP zusammenarbeiten und die richtigen Schlussfolgerungen aus diesem Debakel ziehen, statt solche Wahlkampfgeplänkel richtigzustellen.

Blocher: Herr Ospel ist lange nach dem Ausscheiden aus der UBS Mitglied der SVP geworden. Die SVP kämpft seit 15 Jahren für eine andere Bankenkultur. Aber die CS fuhr weiter. So hat die CS in den USA 2,6 Milliarden Dollar Busse bezahlt wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Und was



Sie attackieren sich heftig: FDP-Präsident Thierry Burkart und SVP-Doyen Christoph Blocher im Streitgespräch vor der ausserordentlichen Session. Foto: Dominique Meienberg



sagte der Präsident Urs Rohner? Wir – der Verwaltungsrat – haben eine «reine Weste», wir wussten von nichts. Urs Rohner ist doch bestimmt bei der FDP, oder?

Burkart: Meines Wissens ist er nicht in der FDP. Oder wollen Sie hier das Gegenteil behaupten?

Blocher: Das weiss ich nicht, aber er steht jedenfalls Freisinnigen nahe.

Burkart: Sie können doch nicht einfach alle uns zuordnen, die Ihnen nicht passen.

Blocher: Sind Sie sicher, dass er nicht bei den Freunden der FDP ist?

Burkart: Nicht dass ich wüsste.

Warum denken Sie, Herr Blocher, dass Urs Rohner eher bei der FDP ist als bei der SVP?

Blocher: Bei der SVP ist er nicht.

Burkart: Bei uns auch nicht.

Blocher: Aber sein Ziehvater und Beschützer war Herr Kielholz. Von ihm müssen Sie nicht sagen, er sei kein Freisinniger.

Burkart: Er ist meines Wissens nicht Mitglied der FDP, aber er ist ein geschätztes Mitglied bei den Freunden der FDP. Die Konstruktion dieses Vorwurfs scheint mir aber unabhängig davon reichlich weit hergeholt, um einen FDP-Filz beweisen zu wollen.

Blocher: Warum halte ich den Finger drauf? Weil dieses Netzwerk auch politisch Einfluss nahm. Darum kam die SVP mit den Vorschlägen zu «too big to fail» nicht durch. Die SVP musste nach der UBS-Rettung sogar mit den Sozialdemokraten zusammenspannen, obwohl diese ein falsches Motiv hatten. Aber wenn man etwas Gutes erreichen will, muss man manchmal auch

mit dem Teufel zusammengehen. Die FDP und die CVP haben dies auf Druck der Grossbanken verhindert.

Burkart: Eine solch strikte Trennung zwischen dem Vermögensverwaltungsgeschäft und dem Investmentbanking halte ich für keine taugliche Lösung. Auch eine Bank, die im schweizerischen Sinn langweilig geschäftet – und ich meine das positiv –, ...

Blocher: Sehr schön!

Burkart: ... auch eine solche Bank braucht vor allem für ihre Schweizer Firmenkunden einen Investmentteil – zum Beispiel für die Finanzierung von Start-ups, Kapitalrunden und Unternehmensübernahmen. Nur dank der Begleitung und Finanzierung durch die Grossbanken konnten unsere global tätigen Schweizer Unternehmen ihre erfolgreiche Position in den grossen Märkten in Asien oder den USA überhaupt erreichen. Zudem war das Greensill-Debakel, das auch ursächlich für den Vertrauensverlust der CS war, durch das Asset-Management verursacht worden.

Blocher: Wir hängen nicht am System. Wichtig ist, dass der Amerika-Teil nicht das Schweizer Geschäft mitreisst. Es geht um die Grundsätze. Und ein solcher lautet: «Too big to fail» darf es nicht geben. Ein Untergang einer Firma darf nicht eine ganze Volkswirtschaft mitreißen.

Das will Ihre Partei per Gesetz sicherstellen. Demnach darf keine Schweizer Bank mehr zu gross sein, um unterzugehen. Jene Teile, die eine Bank «too big to fail» machen, müssten verkauft oder stillgelegt

werden. Diesen Vorschlag haben doch Sie eingebracht, Herr Blocher, oder?

Blocher: Ja, es stimmt.

Burkart: So werden auch Banken zerschlagen, die keinen Amerika-Bezug haben. Etwa die Postfinance, die Zürcher Kantonalbank und die Raiffeisen. Damit will die SVP noch extremer regulieren als die SP. Selbst dieser ging das in der nationalrätlichen Wirtschaftskommission zu weit, weshalb sie den SVP-Antrag zur entsprechenden Regulierung abgelehnt hat.

Blocher: Weder zerschlagen noch regulieren. Es geht vorerst um das Ziel, dass keine Bank mehr «too big to fail» ist. Wenn der Bundesrat dieses Ziel nicht verbindlich erklärt, kann die SVP der Bundesgarantie über 100 Milliarden Franken nicht zustimmen.

Burkart: Ich würde erst einmal eine gründliche Analyse machen!

Blocher: Das sowieso!

Burkart: Warum verlangen Sie denn eine derart extreme gesetzliche Vorschrift? Wenn die UBS gescheit ist, spaltet sie selbst das Schweizer Geschäft der CS ab. Macht sie dies nicht, provoziert sie eine politische Überregulierung. Denn es ist klar, dass die Politik sicherstellen will, dass es nicht nochmals zu einem solchen Debakel kommt. Ich hoffe, die UBS gelangt selbst zu diesem Schluss und kommuniziert dann rasch. Klar ist auch, dass für die Schweiz die faktische Staatsgarantie für die sehr grosse UBS tatsächlich tragbar sein muss.

Blocher: Den Ausdruck «too big to fail» muss man verdeutlichen. Was heisst «too big»? Inwiefern zu gross? Genauer heisst es wohl «too important to fail».

Wenn Sie Ihre Forderung durchbringen, müsste die UBS wohl mehr als die Hälfte ihres Geschäfts abtossen, oder?

Blocher: Es obliegt der Bank, sich so zu organisieren, dass sie nicht «too important to fail» ist. Das darf es nicht mehr geben. Der Bundesrat könnte die UBS damit beauftragen, bis in drei Monaten darzulegen, wie sie das erreichen will. Das ist dann zu prüfen, eventuell anzupassen und für die Durchführung zu sorgen. Dazu braucht es nicht eine Regulierung für alle Banken.

Burkart: Ich zweifle, dass mit diesem Vorgehen eine Staatsrettung ausgeschlossen werden kann. Die USA haben ja gar eine Regionalbank gerettet, weil das Bankensystem derart vernetzt ist. Aber ich bin offen für Vorschläge. Denn die faktische Staatsgarantie der systemrelevanten Banken ist ein grosses Problem.

Sollen die CS-Verwaltungsräte und die Mitglieder der Geschäftsleitung zur Rechenschaft gezogen werden?

Blocher: Das ist sehr wichtig, aber nicht vordringlich. Es geht doch nicht, dass einer wie Brady Dougan in vier Jahren 237 Millionen in den eigenen Sack steckt bei diesem Misserfolg.

Muss man das Geld zurückfordern?

Blocher: Jedenfalls versuchen. Die Verwaltungsräte haben es ihnen gegeben. Hier ist anzusetzen!

Burkart: Alles, was rechtlich möglich ist, muss man unternehmen, damit die Boni des Topmanagements zurückbezahlt werden müssen. Zu einer freirechtlichen Wirtschaft gehört

auch die Verantwortung im Fall von verursachtem Schaden.

Auch ein künftiges Boniverbot für systemrelevante Banken steht zur Diskussion.

Burkart: Das schiesst meines Erachtens über das Ziel hinaus. Man muss aber eine exorbitante Bonuskultur vermeiden. Es darf fürs Topmanagement keine Boni geben, wenn die Firma Verluste schreibt. Angestellte und mittleres Kader sollen aber nicht um ihre Boni gebracht werden, die faktisch ein 13. Monatslohn sind.

Blocher: Unbestritten.

Nächste Woche findet eine Sondersession statt, an der die Rettungsaktion abgesegnet werden soll. Werden Ihre Parteien zustimmen?

Burkart: Die FDP wird zustimmen und alles Weitere nachher klären. Ein Nein hat keine Wirkung und dient nur der Profilierung der einzelnen Parteien. Das Parlament kann die Rettungsaktion ja nicht rückgängig machen. Wir verlangen aber eine gründliche Untersuchung, wie es zur CS-Krise kommen konnte.

Blocher: Die Fraktion tagt erst am 11. April. Ich kann nicht für diese reden.

Sie lancieren nur die entscheidenden Vorstösse.

Blocher: Dank meiner grossen Erfahrung habe ich Anträge an die Fraktion gestellt. Sie hat unter anderem beschlossen, der Bundesgarantie gegenüber der Nationalbank höchstens dann zuzustimmen, wenn der Bundesrat dafür sorgt, dass es keine Banken mehr gibt, die «too big to fail» sind.